

BGB Allgemeiner Teil: Rechtsgeschäftslehre

von

Detlef Leenen

De Gruyter

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Abgekürzt zitiertes Schrifttum	XXXVII

TEIL 1: Die Rechtsgeschäftslehre des BGB

Vorbemerkung	1
------------------------	---

1. Kapitel: Die Privatautonomie

§ 1 Begriff, Funktionen und rechtliche Verfassung der Privatautonomie	1
I. Der Begriff der Privatautonomie	1
II. Die Funktionen der Privatautonomie	2
1. Selbstbestimmung der Einzelnen	2
a. Vertragsfreiheit	2
b. Testierfreiheit	3
2. Dezentrale Organisation des Güter- und Leistungsaustausches	3
III. Die rechtliche Verfassung der Privatautonomie	3
1. Die Notwendigkeit einer rechtlichen Verfassung der Privatautonomie	3
2. Die Ausgestaltung der Privatautonomie durch die Rechtsordnung	4
a. Die Verfassung	4
b. Einfachgesetzliche Regelungen	5
aa. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)	5
(1) Entstehungsgeschichte	5
(2) Regelungsinhalte des BGB	7
(3) Sprache und Regelungsstil des BGB	8
bb. Weitere gesetzliche Regelungen	9
3. Selbstbestimmung und Verkehrsbedürfnisse	10
4. Schranken der Privatautonomie	11
a. Kontrahierungszwang	11
b. Typenzwang von Rechtsgeschäften	12
c. Inhaltskontrolle von Verträgen	13
§ 2 Die Akteure der Privatautonomie: Rechtssubjekte (Personen)	14
I. Natürliche Personen	14
1. Die Rechtsfähigkeit	15
2. Die Geschäftsfähigkeit	15
a. Der Begriff der Geschäftsfähigkeit	15
b. Die Geschäftsunfähigkeit	16
c. Die beschränkte Geschäftsfähigkeit	16
d. Die Teilgeschäftsfähigkeit	18
3. Die Verschuldensfähigkeit	18

Inhaltsverzeichnis

II. Juristische Personen	19
III. „Verbraucher“ (§ 13 BGB) und „Unternehmer“ (§ 14 BGB)	19
1. Verbraucher (§ 13 BGB)	20
2. Unternehmer (§ 14 BGB)	20
3. Die Kurzbezeichnungen für Verträge: B2B, B2C, C2C	21
§ 3 Die Gegenstände der Privatautonomie: Rechtsobjekte	21
I. Sachen	21
1. Begriff	21
2. Besitz und Eigentum	22
3. Die Übereignung von Sachen	23
II. Rechte	24
1. Begriff	24
2. Absolute Rechte	24
a. Eigentum	24
b. Persönlichkeitsrechte	25
3. Relative Rechte	25
a. Ansprüche	26
aa. Die Entstehung von Ansprüchen: Anspruchsgrundlagen	26
(1) Gesetzliche Anspruchsgrundlagen	26
(2) Verträge als Anspruchsgrundlage	26
bb. Die Übertragung von Ansprüchen und sonstigen Rechten	27
cc. Der Fortfall von Ansprüchen	27
dd. Die Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	27
(1) Die Unterscheidung zwischen dem Bestehen und der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen	27
(2) Leistungsverweigerungsrechte	28
b. Gestaltungsrechte	28
4. Anhang: Einwendungen und Einreden	28
§ 4 Die Instrumente der Privatautonomie: Rechtsgeschäfte und Willenserklärungen	29
I. Rechtsgeschäfte	29
1. Das Rechtsgeschäft im Unterschied zu rechtlich relevantem Verhalten nicht rechtsgeschäftlicher Art	29
a. Wirkungen und Definition des Rechtsgeschäfts	29
b. Abgrenzungen	30
aa. Realakte	30
bb. Geschäftsähnliche Handlungen	30
cc. Rechtlich relevantes Verhalten mit rechtsgeschäftsgleichen Wirkungen	31
2. Einteilung der Rechtsgeschäfte	31
a. Einseitige Rechtsgeschäfte und mehrseitige Rechtsgeschäfte	31
aa. Einseitige Rechtsgeschäfte	32
bb. Mehrseitige Rechtsgeschäfte, insbesondere Verträge	32
cc. Der Bezug der Unterscheidung „einseitig/mehrseitig“ auf Rechtsgeschäfte, nicht auf Willenserklärungen	32
b. Verpflichtungsgeschäfte und Verfügungsgeschäfte	33
aa. Verfügungsgeschäfte	33
bb. Verpflichtungsgeschäfte	34

cc. Das Verhältnis von Verpflichtungs- und Verfügungs- geschäft zueinander am Beispiel des Erwerbs einer Sache . . .	35
(1) Das Trennungsprinzip	36
(2) Das Abstraktionsprinzip	36
c. Entgeltliche und unentgeltliche Rechtsgeschäfte	38
aa. Entgeltliche Rechtsgeschäfte	38
bb. Unentgeltliche Rechtsgeschäfte	39
(1) Die Schenkung	39
(a) Die Verpflichtungsschenkung	40
(b) Die Handschenkung	40
(2) Sonstige unentgeltliche Rechtsgeschäfte	41
cc. Die Unanwendbarkeit des Kriteriums der Entgeltlichkeit auf Verfügungsgeschäfte	42
d. Kausale und abstrakte Rechtsgeschäfte	42
II. Willenserklärungen	42
1. Definition der Willenserklärung	42
2. Die Beschränkung der Wirkungen einer Willenserklärung auf das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	43
3. Die Abgabe von Willenserklärungen im eigenen Namen und im fremden Namen	43
a. Erklärungen im eigenen Namen	43
b. Erklärungen in fremdem Namen: Stellvertretung beim Rechts- geschäft	44
aa. Das Handeln in fremdem Namen als Definitionsmerkmal der Stellvertretung	44
(1) Abgrenzungen	44
(a) Abgrenzung zum Boten	45
(b) Abgrenzung zum mittelbaren Stellvertreter	45
(c) Aktive und passive Stellvertretung	45
(2) Die Ausgrenzung von Fragen der Vertretungsmacht aus dem Begriff der Stellvertretung	46
bb. Die Repräsentationstheorie als Grundlage der gesetzlichen Regelung des Handelns in fremdem Namen	47
(1) Geschäftsherrntheorie und Repräsentationstheorie	47
(2) § 166 Abs. 1 BGB als gesetzlich geregelter Fall einer Wissenszurechnung?	48
(3) Rechtsgeschäft des Vertreters oder des Vertretenen?	49
cc. Die Voraussetzungen des Handelns in fremdem Namen	49
(1) Die Fremdbezogenheit der Erklärung	50
(2) Bezug auf „denjenigen, den es angeht“	50
dd. Die praktische Bedeutung der Stellvertretung beim Rechtsgeschäft	51
c. Erklärungen unter fremdem Namen	51
III. Das Verhältnis von Willenserklärung und Rechtsgeschäft zueinan- der	52
1. Herkömmliche Darstellungen: Die Willenserklärung als Bestand- teil des Rechtsgeschäfts	52
2. Abweichender Standpunkt: Die Willenserklärung als das Mittel zum Rechtsgeschäft	53

2. Kapitel: Willenserklärungen

Vorbemerkung	55
§ 5 Der Tatbestand der Willenserklärung	55
I. Der objektive Tatbestand der Willenserklärung	55
1. Definitionsmerkmale des objektiven Tatbestandes einer Willenserklärung	55
a. Die Vornahme eines Rechtsgeschäfts als Sinn der Erklärung	55
aa. Ausgangspunkt	55
bb. Erweiterung	56
cc. Einschränkung	56
b. Die Ausklammerung von Fragen der Wirksamkeit der Erklärung	57
2. Ausgrenzungen	57
a. Verabredungen im außerrechtlichen Bereich, insbesondere: Gefälligkeiten	57
b. Äußerungen im Vorfeld rechtsgeschäftlicher Erklärungen	58
II. Subjektive Tatbestandsmerkmale?	59
1. Die herkömmliche Sicht	59
2. Kritik	60
3. Die Irrelevanz subjektiver Tatbestandsmerkmale in der Anwendung der gesetzlichen Vorschriften zu Willenserklärungen	61
a. Geschäftswille	62
b. Erklärungsbewusstsein	62
c. Handlungswille	62
III. Die Ermittlung des rechtlich maßgeblichen Inhalts der Erklärung durch Auslegung	63
1. Die Notwendigkeit der Auslegung	63
2. Ziele und Zielkonflikte der Auslegung von Willenserklärungen	64
3. „Natürliche“ und „normative“ Auslegung	65
4. Die Auslegungsregeln im Einzelnen	65
a. Nicht empfangsbedürftige Willenserklärungen	66
b. Empfangsbedürftige Willenserklärungen	66
5. Auslegungshilfen	68
a. Entstehungsgeschichte der Willenserklärung	68
b. Zweck der Willenserklärung und zugrunde liegende Interessenlage	69
c. Selbstinterpretation durch nachträgliches Verhalten	70
§ 6 Die Wirksamkeit der Willenserklärung	71
I. Grundlagen	71
1. Der Begriff der Wirksamkeit der Willenserklärung	71
2. Die Unterscheidung zwischen Wirksamkeitserfordernissen und Wirksamkeitshindernissen der Willenserklärung	72
II. Wirksamkeitserfordernisse	72
1. Zugang empfangsbedürftiger Erklärungen	72
a. Die einem anderen gegenüber abzugebenden Erklärungen	73
aa. Die Empfangsbedürftigkeit	73
bb. Der andere	73

b. Der Zugang	74
aa. Zugang unter Abwesenden	74
(1) Die Entscheidung des Gesetzgebers zugunsten der „Empfangstheorie“	74
(2) Die Definition des Zugangs	75
(a) Der Machtbereich des Empfängers	75
(b) Der maßgebliche Zeitpunkt	76
(aa) Der Zeitpunkt der tatsächlichen Kenntnisnahme	76
(bb) Der Zeitpunkt der zumutbaren Kenntnisnahme	76
(cc) Die rechtliche Maßgeblichkeit des früheren Zeitpunkts	77
(3) Die Risikoverteilung	78
(a) Das Risiko verspäteter Kenntnisnahme	79
(b) Das Transportrisiko	79
(c) Das Verfälschungsrisiko	79
(aa) Verfälschung durch Erklärungsboten	79
(bb) Verfälschung durch Empfangsboten	80
(d) Die Sonderproblematik des Sprachrisikos	81
(4) Die Zugangsvereitelung	81
bb. Zugang unter Anwesenden	81
c. Geschäftsunfähigkeit und beschränkte Geschäftsfähigkeit des Empfängers (§ 131 BGB)	82
aa. Geschäftsunfähigkeit des Erklärungsempfängers (§ 131 Abs. 1 BGB)	82
bb. Beschränkte Geschäftsfähigkeit des Erklärungsempfängers (§ 131 Abs. 2 BGB)	82
(1) Einseitige Rechtsgeschäfte	82
(2) Verträge	83
d. Formwahrung als Zugangsvoraussetzung?	83
aa. Die herrschende Ansicht zum Zugang formgebundener Erklärungen	83
bb. Kritik	84
2. Abgabe als Wirksamkeitserfordernis?	86
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	87
1. § 105 BGB	87
a. Nichtigkeit wegen Geschäftsunfähigkeit (§ 105 Abs. 1 BGB)	88
aa. Regelungsgehalt und Problematik des § 105 Abs. 1 BGB	88
bb. Die Sonderregelung des § 105 a BGB	89
cc. Die Modifizierung des § 105 Abs. 1 BGB durch § 4 Abs. 2 WBG	90
b. Nichtigkeit wegen Störungen der Geistestätigkeit (§ 105 Abs. 2 BGB)	90
2. §§ 116–118 BGB (Willensvorbehalte)	91
a. § 116 Satz 2 BGB (dem Empfänger bekannter innerer Vorbehalt)	91
b. § 117 BGB (Scheinerklärung und Scheingeschäft)	91
aa. Die Scheinerklärung gemäß § 117 Abs. 1 BGB	91

Inhaltsverzeichnis

bb. Das verdeckte Rechtsgeschäft gemäß § 117 Abs. 2 BGB	92
c. § 118 BGB (Mangel der Ernstlichkeit)	94
3. § 388 Satz 2 BGB (Bedingte Aufrechnungserklärung)	95
IV. Ausgrenzung von Fragen, die nicht die Wirksamkeit von Willenserklärungen betreffen	96
1. Sittenwidrigkeit, Gesetzeswidrigkeit	96
2. Verstoß gegen Formvorschriften	97
3. Beschränkte Geschäftsfähigkeit	98
4. Fehlen von Vertretungsmacht	100
5. Fehlendes Erklärungsbewusstsein, mangelnder Geschäftswille	101
6. Anfechtung	101
a. Rechtslage nach Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	101
b. Rechtslage vor Zustandekommen des Rechtsgeschäfts	103
7. Widerruf gemäß § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB	103
§ 7 Die Wirkungen der Willenserklärung	104
I. Das Zustandekommen des Rechtsgeschäfts als Wirkung der Willenserklärung(en)	104
II. Die Bindung an den Antrag im Unterschied zu der Bindung an den Vertrag	105
III. Die Gebundenheit an die Erklärung in § 355 Abs. 1 Satz 1 BGB	105

3. Kapitel: Verträge

Vorbemerkung	107
§ 8 Das Zustandekommen von Verträgen	107
I. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen . .	108
1. Der Abschluss des Vertrages im Wege der Annahme des Antrags (§§ 145 ff BGB)	108
a. Der Antrag	108
aa. Der Tatbestand des Antrags	109
(1) Inhaltliche Bestimmtheit	109
(a) Vertragswesentliche Bestimmungen („essentialia negotii“)	109
(aa) Vertragsparteien	109
(bb) Entgeltlichkeit	109
(cc) Vertragsspezifische Pflichten	110
(dd) Sonstige essentialia	110
(b) Ergänzende Bestimmungen („accidentalia negotii“)	110
(c) Die Ausräumung von Unklarheiten des Antrags durch Auslegung	110
(2) Eröffnung einer annahmefähigen Position für den Empfänger („Rechtsbindungswille“)	111
(3) Ausdrückliche/konkludente Erklärung	113
bb. Die Wirksamkeit des Antrags	114
(1) Wirksamkeitserfordernisse	114
(2) Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitsgründe)	114

(3) Umstände, die die Wirksamkeit des Antrags nicht beeinträchtigen	115
cc. Die Wirkungen des Antrags	115
(1) Die annahmefähige Position für den Empfänger	115
(2) Die Bindung an den Antrag	117
dd. Das Erlöschen des Antrags	118
b. Die Annahmeerklärung	118
aa. Der Tatbestand der Annahmeerklärung	118
(1) Ausgrenzungen	118
(2) Ausdrückliche/konkludente Erklärung	118
(3) Schweigen als Annahme?	120
(a) Der Grundsatz: „Qui tacet consentire non videtur“ . . .	120
(b) Die Ausnahmen	120
(aa) Verabredete Erklärungsbedeutung des Schweigens	121
(bb) Gesetzlich normierte Erklärungsbedeutung des Schweigens	121
(cc) Ausgrenzung: Das Schweigen auf ein kauf- männisches Bestätigungsschreiben	121
(4) Annahme durch „sozialtypisches Verhalten“?	122
(5) Verspätete und modifizierte Annahme	122
(a) Verspätete Annahme (§ 150 Abs. 1 BGB)	122
(b) Modifizierte Annahme (§ 150 Abs. 2 BGB)	123
bb. Die Wirksamkeit der Annahmeerklärung	124
cc. Die Wirkung der Annahmeerklärung	126
2. Der Abschluss des Vertrages durch gemeinsame Zustimmung zu einem Vertragstext	126
a. Die Festlegung des Inhalts der vertraglichen Regelung	127
b. Die In-Geltung-Setzung der vertraglichen Regelung	127
c. Die Wirksamkeit der auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Erklärungen	129
3. Mischformen und Abwandlungen der Grundtechniken des Ver- tragsschlusses	129
4. Anhang: Der Vertragsschluss im Internet	130
a. Der gewöhnliche Vertragsschluss	131
b. Der Vertragsschluss bei sog. Internet-Auktionen	131
II. Konsens und Dissens	134
1. Der Umfang des erforderlichen Konsenses	134
2. Die Erreichung des Konsenses	134
a. Der faktische Konsens	134
aa. Terminologie	134
bb. Die Ermittlung des faktischen Konsenses	135
cc. Der Vorrang des faktischen Konsenses gegenüber dem Wortlaut der Erklärungen: „falsa demonstratio non nocet“ . . .	135
dd. Der faktische Konsens beim Vertragsschluss durch Vertreter . .	136
(1) Die Maßgeblichkeit des Willens des Vertreters (§ 166 Abs. 1 BGB)	136
(2) Die Grundsätze der Rechtsprechung zu unternehmens- bezogenen Geschäften	137

(a) Das Unternehmen als Vertragspartner	137
(b) Der Unternehmensträger als „das Unternehmen“	138
ee. Faktischer Konsens und Irrtumsanfechtung	138
b. Der normative Konsens	139
c. Gesetzliche Fiktionen rechtsgeschäftlichen Konsenses	140
3. Der Dissens	140
a. Die Unterscheidung von „offenem“ und „verstecktem“ Dissens	141
aa. § 154 Abs. 1 BGB („offener Dissens“)	141
bb. § 155 BGB („versteckter Dissens“)	142
(1) § 155 als Aufhebung der Abschluss-Sperre des § 154 BGB	142
(2) § 155 BGB als Regelung des Dissenses in den Erklä- rungen	142
b. Rechtsfolgen des Dissenses	143
aa. Grundsatz: Der Dissens als Hindernis für das Zustande- kommen des Vertrages	143
bb. Ausnahmen	144
III. Der Inhalt des Vertrages	144
1. Die Bestimmung des Inhalts des Vertrages anhand des Konsenses der Vertragsschließenden	144
a. Auslegung der Willenserklärungen	144
b. Auslegung des Vertrages	145
2. Die Schließung von Lücken des Vertrages im Wege der ergänzen- den Vertragsauslegung	145
3. Gesetzliche Eingriffe in den Inhalt eines Vertrages	147
4. Die Bestimmung des rechtlich maßgeblichen Inhalts beurkunde- ter Verträge	149
IV. Die Bedeutung eines kaufmännischen Bestätigungsschreibens für Zustandekommen und Inhalt eines Vertrages	150
1. Grundlagen und Regelungstechnik	150
2. Einzelheiten	151
a. Die Rechtsfolgearrangierung	151
b. Der Anwendungsbereich der Grundsätze	151
c. Voraussetzungen für das Eingreifen der Fiktion	152
d. Hindernisse	152
aa. Unverzüglicher Widerspruch	152
bb. Vorsätzliche Abweichung von den getroffenen Vereinba- rungen	152
cc. Grobe Abweichung von den getroffenen Vereinbarungen	152
3. Das Bestätigungsschreiben in der Methodik der Fallbearbeitung	153
a. Historische Methode	153
b. Konstruktive Methode	153
§ 9 Die Wirksamkeit des Vertrages	154
I. Grundlagen	154
1. Der Begriff der Wirksamkeit eines Vertrages	154
2. Die Unterscheidung zwischen Wirksamkeitserfordernissen und Wirksamkeitshindernissen des Vertrages	155

II. Wirksamkeitserfordernisse	157
1. Verträge Minderjähriger	157
a. Überblick über die gesetzliche Regelung	157
b. Der Anwendungsbereich der besonderen Wirksamkeitserfordernisse (§ 107 BGB)	158
aa. Der missverständliche Wortlaut des § 107 BGB	158
bb. Rechtlich lediglich vorteilhafte Geschäfte	159
cc. Indifferente (neutrale) Geschäfte	161
c. Einwilligung und Genehmigung als besondere Wirksamkeitserfordernisse rechtlich nicht lediglich vorteilhafter Verträge (§ 108 BGB)	161
aa. Die Einwilligung	162
bb. Die Genehmigung	163
(1) Erteilung der Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter	164
(2) Untätigkeit des gesetzlichen Vertreters	164
(3) Verweigerung der Genehmigung durch den gesetzlichen Vertreter	165
d. Die Heilung fehlender Zustimmung durch vollständige Bewirkung der vertragsmäßigen Leistung (§ 110 BGB)	165
aa. Der Geltungsgrund des obligatorischen Vertrages: Konvalleszenz durch Erfüllung	166
bb. Die Bewirkung der vertragsmäßigen Leistung	166
cc. Die Irrelevanz des § 110 BGB für die Entstehung vertraglicher Erfüllungsansprüche gegen den Minderjährigen	167
dd. Ratenzahlungsverträge Minderjähriger	167
ee. Surrogate überlassener Mittel	167
e. Anhang: Die entsprechende Anwendung der §§ 108 ff BGB beim Einwilligungsvorbehalt im Recht der Betreuung (§ 1903 BGB)	168
2. In fremdem Namen geschlossene Verträge	168
a. Dogmatische Grundlagen	168
b. Wirksamkeit kraft Vertretungsmacht	170
aa. Begriffsklärungen: Was ist „Vertretungsmacht“?	170
bb. Entstehung und Fortfall von Vertretungsmacht	171
(1) Vertretungsmacht kraft Gesetzes	171
(2) Vertretungsmacht kraft Rechtsgeschäfts (Vollmacht)	172
(a) Entstehung der Vertretungsmacht	172
(b) Fortfall der Vertretungsmacht	173
(3) Die richterrechtlich entwickelten Rechtssätze zu „Duldungsvollmacht“ und „Anscheinsvollmacht“	174
(a) Duldungsvollmacht	174
(b) Anscheinsvollmacht	175
cc. Der Umfang der Vertretungsmacht	176
(1) Rechtsgeschäftliche Bestimmung des Umfangs der Vertretungsmacht	176
(2) Gesetzliche Bestimmung des Umfangs der Vertretungsmacht	176
dd. Generelle Schranken der Vertretungsmacht	177

(1) Missbrauch der Vertretungsmacht	177
(2) Insihgeschäfte (§ 181 BGB)	178
(a) Selbstkontrahieren und Mehrvertretung	178
(b) Gesetzlich geregelte Ausnahmen	179
(c) Teleologische Reduktion des § 181 BGB	180
(d) Analoge Anwendung des § 181 BGB	180
c. Wirksamkeit kraft Genehmigung (§ 177 BGB)	181
3. Verfügungen im eigenen Namen über fremdes Recht (§ 185 BGB)	181
a. Wirksamkeit kraft Einwilligung (§ 185 Abs. 1 BGB)	181
b. Wirksamkeit kraft Genehmigung (§ 185 Abs. 2 BGB)	183
4. Sonstige Fälle besonderer Wirksamkeitserfordernisse eines Ver- trages	184
III. Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitstründe)	185
1. Regelungsprobleme und -techniken	185
2. § 125 BGB: Nichtigkeit wegen Formmangels	185
a. Grundlagen	185
aa. Formfreiheit als Grundsatz, Formzwang als Ausnahme	185
bb. Formarten und Formzwecke	186
b. Die Rechtsfolganordnung (§ 125 Satz 1 und Satz 2 BGB)	187
aa. Der Bezugspunkt der Nichtigkeitssanktion	187
bb. Die rigide Rechtsfolgenanordnung des § 125 BGB	188
(1) Das Verbot einer Aufweichung von Formvorschriften	188
(2) Korrektive	188
(a) Unzulässigkeit der Berufung auf den Formmangel gemäß § 242 BGB	188
(b) Schadensersatzansprüche wegen schuldhafter Ver- letzung vorvertraglicher Pflichten (§§ 280 Abs. 1, 241 Abs. 2, 311 Abs. 2 BGB)	189
cc. Die (gelegentliche) Möglichkeit der Heilung eines Form- mangels	189
c. Der Verstoß gegen gesetzliche Formvorschriften (§ 125 Satz 1 BGB)	190
aa. Schriftform	190
(1) Der Bezugspunkt des Formerfordernisses	190
(2) Die Formmerkmale	190
(a) Die allgemeinen Merkmale der Schriftform (§ 126 Abs. 1 BGB)	190
(aa) Die Urkunde	190
(bb) Der Aussteller	191
(cc) Die Namensunterschrift	192
(b) Die Schriftform bei Verträgen (§ 126 Abs. 2 BGB)	193
(3) Der Verstoß gegen die Formvorschrift	194
(4) Die Ersetzung der Schriftform durch die elektronische Form	194
(a) Die elektronische Form	194
(b) Abgrenzung: Textform	195
bb. Notarielle Beurkundung	195
(1) Anwendungsfälle	195
(2) Das Verfahren der notariellen Beurkundung	196

(3) Der Mangel der Form	196
(a) Fehlende notarielle Beurkundung	196
(b) Unrichtige Beurkundung	196
(c) Unvollständige Beurkundung	198
(4) Der Verstoß gegen die Formvorschrift	198
d. Der Verstoß gegen gewillkürte Formerfordernisse (§ 125 Satz 2 BGB)	199
aa. Die Rechtsfolgenanordnung	199
bb. Die vertragliche Begründung und Aufhebung von Formerfordernissen	199
cc. Gesetzliche Modifikationen der gewillkürten Schriftform gegenüber der gesetzlich bestimmten Schriftform	200
3. § 134 (Gesetzesverstoß)	200
a. Die Rechtsfolgenanordnung	200
b. Das Verbotsgesetz	201
c. Geltungserhaltende Reduktion	202
4. §§ 135–137 (Verfügungsverbote)	203
a. § 135 BGB	203
b. § 136 BGB	204
c. § 137 BGB	205
5. § 138 (Verstoß gegen die guten Sitten)	205
a. Wucher (§ 138 Abs. 2 BGB)	205
aa. Die objektiven Tatbestandsmerkmale	205
(1) Rechtsgeschäft	205
(2) Auffälliges Missverhältnis von Leistung und Gegenleistung	206
bb. Die subjektiven Tatbestandsmerkmale	206
(1) Mangel an Urteilsvermögen	207
(2) Erhebliche Willensschwäche	207
(3) Unerfahrenheit	207
(4) Zwangslage	207
(5) Ausbeutung durch die andere Seite	208
cc. Das Verhältnis der objektiven und subjektiven Merkmale zueinander	208
b. Die Generalklausel (§ 138 Abs. 1 BGB)	208
aa. Funktion und Handhabung des § 138 Abs. 1 BGB	208
bb. Beispiele	209
(1) Wucherähnliche Rechtsgeschäfte	209
(2) Wirtschaftlich nicht werthaltige Bürgschaften naher Familienangehöriger	210
(3) Knebelungsverträge	212
(4) Verstoß gegen wesentliche Gemeinschaftsinteressen	212
(5) Beschränkungen eines Kernbereichs persönlicher Entscheidungsfreiheit	213
cc. Ausgrenzungen	213
(1) § 123 Abs. 1 BGB	213
(2) ProstitutionsG	214
dd. Die Rechtsfolgenanordnung	214
6. § 142 Abs. 1 BGB (Nichtigkeit infolge Anfechtung)	214

7. § 139 BGB (Teilnichtigkeit und Gesamtnichtigkeit)	214
a. Tatbestandliche Voraussetzungen	215
aa. Geschäftseinheit	215
bb. Teilbarkeit	215
b. Die Rechtsfolgenanordnung	216
IV. Rechtliche Erheblichkeit nichtiger Verträge	217
1. „Doppelwirkungen im Recht“	217
2. Der Zugriff auf den Inhalt nichtiger Verträge	217
3. Die Umdeutung nichtiger Verträge gemäß § 140 BGB	218
a. Das nichtige Rechtsgeschäft	218
b. Das andere Rechtsgeschäft	219
c. Der hypothetische Geltungswille der Kontrahenten	219
d. Der Vorbehalt der Schutzzwecke der Nichtigkeitsnorm	220
3. Die Bestätigung eines nichtigen Vertrages (§ 141 BGB)	220
§ 10 Die Wirkungen des Vertrages	221
I. Der gesetzliche Regelfall	221
II. Vertragliche Vereinbarungen über Beginn und Ende der Wirkungen des Vertrages	221
1. Überblick und Terminologie	221
a. Anknüpfung an zukünftige Ereignisse, deren Eintritt gewiss ist	221
b. Anknüpfung an zukünftige Ereignisse, deren Eintritt ungewiss ist	222
c. Ausgrenzung von Rechtsbedingungen	222
2. Regelungen über den Beginn der Wirkungen des Vertrages	222
a. Vereinbarung eines Anfangstermins	222
b. Vereinbarung einer aufschiebenden Bedingung	223
3. Regelungen über das Ende der Wirkungen des Vertrages	224
a. Vereinbarung eines Endtermins	224
b. Vereinbarung einer auflösenden Bedingung	225
III. Eintritt und Ausfall von Bedingungen	226
IV. Rechtliche Regelungen zur Schwebezeit	227
1. Schadensersatzansprüche (§ 160 BGB)	227
2. Relative Unwirksamkeit von Zwischenverfügungen (§ 161 BGB)	227
V. Die Wirkungen des Vertrages als Sanktionsebene gesetzlicher Regelungen	228
1. Unvollkommene Verbindlichkeiten	228
2. Fehlen/Wegfall der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	229
3. Die inhaltliche Modifikation der Wirkungen eines Verbraucherdarlehensvertrages gemäß § 494 BGB	229

4. Kapitel: Einseitige Rechtsgeschäfte

§ 11 Überblick	231
I. Definition und Beispiele einseitiger Rechtsgeschäfte	231
II. Arten einseitiger Rechtsgeschäfte	232
1. Einseitig-gestaltende Rechtsgeschäfte	232
2. Sonstige einseitige Rechtsgeschäfte	232

III. Die Dogmatik einseitiger Rechtsgeschäfte	233
1. Das Zustandekommen des einseitigen Rechtsgeschäfts durch eine einzig Willenserklärung	233
a. Der Tatbestand der Willenserklärung	233
b. Die Wirksamkeit der Willenserklärung	234
aa. Wirksamkeitserfordernisse	234
bb. Wirksamkeitshindernisse	235
c. Die Wirkung der Willenserklärung	236
2. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	236
a. Wirksamkeitserfordernisse	236
aa. Gestaltungsrechte als besondere Wirksamkeitserfordernis- se einseitig-gestaltender Rechtsgeschäfte	236
bb. Sonstige Wirksamkeitserfordernisse	237
b. Wirksamkeitshindernisse	238
aa. Besondere Wirksamkeitshindernisse einseitiger Rechts- geschäfte	238
bb. Allgemeine Wirksamkeitshindernisse von Rechtsgeschäf- ten (Nichtigkeitsgründe)	238
3. Die Wirkungen des einseitigen Rechtsgeschäfts	241
a. Einseitige Rechtsgeschäfte als tatbestandliche Voraussetzung gesetzlicher Rechtsfolgenanordnungen	241
b. Die Unterscheidung der Wirkungen eines einseitigen Rechts- geschäfts von dessen Wirksamkeit	241
§ 12 Zustimmungen und Verweigerung der Genehmigung	242
I. Grundlagen	242
II. Die Einwilligung	243
1. Die Erklärung der Einwilligung	244
a. Tatbestand der Einwilligungserklärung	244
b. Wirksamkeit der Einwilligungserklärung	244
2. Die Wirksamkeit der Einwilligung	244
a. Wirksamkeitserfordernisse	245
b. Wirksamkeitshindernisse	245
aa. Besondere Wirksamkeitshindernisse einseitiger Rechts- geschäfte	245
bb. Allgemeine Nichtigkeitsgründe für Rechtsgeschäfte	245
3. Der Widerruf der Einwilligung	246
a. Die Vornahme des Rechtsgeschäfts	246
b. Der Ausschluss der Widerruflichkeit	247
4. Die Wirkung der Einwilligung	247
III. Die Genehmigung	248
1. Die Erklärung der Genehmigung	248
a. Der Tatbestand der Genehmigungserklärung	248
b. Die Wirksamkeit der Genehmigungserklärung	248
2. Die Wirksamkeit der Genehmigung	248
3. Die Wirkung der Genehmigung	249
IV. Die Verweigerung der Genehmigung	249
1. Die Verweigerung der Genehmigung als eigenständiges Rechts- geschäft	249

2. Die gesetzliche Fiktion der Verweigerung der Genehmigung	250
§ 13 Die Erteilung von Vollmacht	250
I. Grundlagen	250
II. Die Erklärung der Bevollmächtigung	251
1. Der Tatbestand der Bevollmächtigungserklärung	251
2. Die Wirksamkeit der Bevollmächtigungserklärung	252
III. Die Wirksamkeit der Bevollmächtigung	252
1. Wirksamkeitserfordernisse	253
2. Wirksamkeitshindernisse	253
a. Besondere Regelungen zur Unwirksamkeit einseitiger Rechts- geschäfte	253
b. Die allgemeinen Vorschriften zur Nichtigkeit von Rechtsge- schäften	253
aa. § 138 Abs. 1 BGB	253
bb. § 134 BGB	253
cc. § 125 Satz 1 BGB	254
dd. § 139 BGB	255
ee. § 142 Abs. 1 BGB (Anfechtung der Bevollmächtigung)	255
IV. Die Wirkungen der Bevollmächtigung	257
1. Rechtsgeschäftliche Bestimmungen zu Entstehung und Fortfall der Vertretungsmacht	257
2. Rechtsgeschäftliche Bestimmungen zu Inhalt und Umfang der Vertretungsmacht	257
V. Der Widerruf der Vollmacht	258
1. Die Erklärung des Widerrufs	258
2. Die Wirksamkeit des Widerrufs	258
a. Der Grundsatz der freien Widerruflichkeit	258
b. Einschränkungen der Widerruflichkeit	258
3. Die Wirkungen des Widerrufs	259
a. Grundsatz: Erlöschen der Vollmacht	259
b. Ausnahme: Fortbestehen von Vertretungsmacht trotz wirksa- men Widerrufs	259
§ 14 Die Anfechtung	259
I. Die Erklärung der Anfechtung	260
1. Der Tatbestand der Anfechtungserklärung	260
2. Die Wirksamkeit der Anfechtungserklärung	261
a. Der Zugang als Wirksamkeitserfordernis	261
b. Wirksamkeitshindernisse	262
aa. Allgemeine Vorschriften	262
bb. Die analoge Anwendung von § 388 Satz 2 BGB	262
(1) Die Unzulässigkeit einer bedingten Anfechtung	262
(2) Die Zulässigkeit der Eventualanfechtung	262
II. Die Wirksamkeit der Anfechtung	263
1. Das Recht zur Anfechtung	265
a. Die Entstehung des Anfechtungsrechts: Anfechtungsgründe	265
aa. Der Erklärungsirrtum (§ 119 Abs. 1 Var. 2 BGB)	265
(1) Definition und Abgrenzung zum Inhaltsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 Var. 1 BGB	265

(2) Irrtum/Vorrang der Auslegung	266
(3) Irrtum bei Abgabe der Erklärung	267
(4) Die Anfechtbarkeit einer ohne Erklärungsbewusstsein abgegebenen Erklärung gemäß § 119 Abs. 1 Var. 2 BGB	269
bb. Der Inhaltsirrtum (§ 119 Abs. 1 Var. 1 BGB)	269
(1) Irrtum/Vorrang der Auslegung	269
(2) Inhaltsirrtum und normativer Konsens	270
(3) Ausgrenzung: Irrtum über gesetzliche Rechtsfolgen des Rechtsgeschäfts	271
cc. Fehlerhafte Übermittlung durch Erklärungsboten (§ 120 BGB)	272
dd. Der Eigenschaftsirrtum (§ 119 Abs. 2 BGB)	273
(1) Verkehrswesentliche Eigenschaften der Sache	274
(2) Verkehrswesentliche Eigenschaften der Person	275
(3) Irrtum und Kausalität des Irrtums	276
(4) Ausschluss der Anfechtbarkeit	276
(a) Vorrang gesetzlicher Sonderregelungen	276
(b) Vertraglicher Ausschluss der Anfechtbarkeit	277
ee. Arglistige Täuschung (§ 123 Abs. 1 Var. 1 BGB)	278
(1) Täuschung durch aktives Tun	278
(2) Die Täuschung durch Unterlassen gebotener Aufklä- rung	280
(3) Kausalität	282
(4) Arglist	283
(5) Einschränkungen der Anfechtbarkeit bei einer Täu- schung durch Dritte (§ 123 Abs. 2 BGB)	284
ff. Widerrechtliche Drohung (§ 123 Abs. 1 Var. 2 BGB)	286
(1) Die Drohung	286
(2) Die Widerrechtlichkeit der Drohung	286
(3) Die Kausalität der Drohung für die Abgabe der Wil- lenserklärung	287
b. Der Fortfall des Anfechtungsrechts	287
aa. Fortfall durch Ablauf der Anfechtungsfrist (§§ 121, 124 BGB)	287
bb. Fortfall durch Bestätigung (§ 144 BGB) und Verzicht	288
c. Der Inhaber des Anfechtungsrechts	289
2. Sonstige Wirksamkeitserfordernisse und -hindernisse	289
III. Die Wirkung der Anfechtung	290
1. Die ex-tunc-Nichtigkeit des angefochtenen Rechtsgeschäfts (§ 142 Abs. 1 BGB)	290
a. Die Rückabwicklung von Verträgen infolge der Nichtigkeit	290
b. Die Anfechtung nichtiger Verträge: Doppelwirkungen im Recht	291
2. Einschränkungen der ex-tunc-Nichtigkeit	292
3. Die Aufrechterhaltung des angefochtenen Rechtsgeschäfts mit dem vom Irrenden gemeinten Inhalt	292

**5. Kapitel: Schadensersatzansprüche aus
rechtsgeschäftlichem Verhalten**

Vorbemerkungen	295
I. Die Besonderheiten der Haftung gemäß § 122 und § 179 BGB	295
II. Die Haftung für Verschulden beim Vertragsschluss (culpa in contrahendo)	296
§ 15 Die Haftung des Anfechtenden gemäß § 122 BGB	296
I. Tatbestandliche Voraussetzungen gemäß § 122 Abs. 1 BGB	296
II. Hindernisse	297
1. Mangelnde Kausalität der Anfechtung	297
2. Ausschluss der Haftung gemäß § 122 Abs. 2 BGB	297
III. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	298
1. Die Modifizierung des § 249 Abs. 1 BGB durch § 122 Abs. 1 BGB	298
2. Der Vertrauensschaden (das „negative Interesse“)	299
3. Die Begrenzung der Ersatzfähigkeit des Vertrauensschadens durch das positive Interesse	300
4. Entsprechende Anwendung des § 254 BGB?	301
IV. Die analoge Anwendung des § 122 BGB	302
§ 16 Die Haftung des Vertreters ohne Vertretungsmacht gemäß § 179 BGB	302
I. Grundlagen	302
1. Haftungsgrund und Haftungsschema	302
2. Beweislastverteilung	304
II. Die Haftung auf Erfüllung oder das Erfüllungsinteresse (§ 179 Abs. 1 BGB)	305
1. Voraussetzungen	305
a. Abschluss eines Vertrages in fremdem Namen	305
b. Verweigerung der Genehmigung	306
2. Hindernisse	306
a. Nachweis der Vertretungsmacht	306
b. Nicht-Zustandekommen des Vertrages oder Unwirksamkeit des Vertrages aus sonstigen Gründen	306
c. Kenntnis oder Kennenmüssen des anderen Teils vom Mangel der Vertretungsmacht	307
d. Unkenntnis des Vertreters vom Mangel der Vertretungsmacht	307
3. Rechtsfolgen	307
a. Erfüllung des Vertrages	307
b. Schadensersatz	308
III. Die Haftung auf den Vertrauensschaden (§ 179 Abs. 2 BGB)	308
1. Tatbestandliche Abweichung gegenüber § 179 Abs. 1 BGB	308
2. Die Rechtsfolge	308
IV. Die entsprechende Anwendung des § 179 BGB	309
§ 17 Die Haftung aus culpa in contrahendo gemäß §§ 280 Abs. 1, 311 Abs. 2 und 3, 241 Abs. 2 BGB	309
I. Grundlagen	309
II. Tatbestandliche Voraussetzungen und Hindernisse der Haftung	310

1. Voraussetzungen	311
a. Vorvertragliches gesetzliches Schuldverhältnis	311
aa. Die inhaltlichen Kriterien des § 311 Abs. 2 BGB	311
bb. Die personelle Erweiterung auf Dritte (§ 311 Abs. 3 BGB)	311
(1) Drittschutz	312
(2) Dritthaftung	312
b. Pflichtverletzung	313
aa. Pflichten gemäß § 241 Abs. 2 BGB	313
(1) Pflichten zur Förderung der vertraglichen Willensbil-	
dung des anderen Teils	314
(a) Wahrheitspflicht	314
(aa) Grundsatz	314
(bb) Ausnahme	314
(b) Aufklärungspflichten	314
(aa) Kriterien der Statuierung von Aufklärungs-	
pflichten	315
(bb) Gegenstand und Inhalt von Aufklärungs-	
pflichten	316
(c) Vorvertragliche Pflichten hinsichtlich der Formu-	
lierung des eigenen und der Ermittlung des gegne-	
rischen rechtsgeschäftlichen Willens?	317
(2) Schutzpflichten zur Erhaltung der Rechte und Rechts-	
güter des anderen Teils	318
bb. Verletzung der Pflichten zur Förderung der Willensbildung	
des anderen Teils	318
2. Hindernis: Pflichtverletzung nicht zu vertreten (§ 280 Abs. 1	
Satz 2 BGB)	318
a. Haftung für eigenes Verschulden (§ 276 Abs. 1 Satz 1 BGB)	319
aa. Inhalt und Bezugspunkt des Verschuldens	319
bb. Der Haftungsmaßstab	320
b. Haftung für fremdes Verschulden (§ 278 BGB)	320
III. Kausalität der Pflichtverletzung für den eingetretenen Schaden	321
IV. Ersatzfähigkeit des geltend gemachten Schadens	321
V. Inhalt und Umfang des Ersatzanspruchs	322
1. Inhalt	322
a. Abschluss eines Vertrages mit einem Dritten	322
b. Abschluss eines wirksamen Vertrages	322
c. Bloßes Unterbleiben des Abschlusses des Vertrages mit dem	
Vertragspartner	323
d. Abschluss des Vertrages mit dem Vertragspartner zu günstige-	
ren Konditionen	323
2. Umfang	324

6. Kapitel: Die Verjährung von Ansprüchen

§ 18 Grundlagen	325
I. Gegenstand und Wirkung der Verjährung	325
II. Funktionen der Verjährung	326

III. Regelungstechniken der Verjährung	327
1. Fristbeginn	327
2. Lauf der Frist	327
3. Neubeginn der Verjährung	328
§ 19 Die regelmäßige Verjährungsfrist und andere Fristen	329
I. Die regelmäßige Verjährungsfrist (§§ 195, 199 BGB)	329
1. Die Entstehung des Anspruchs	330
2. Kenntnis oder grobfahrlässige Unkenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen und der Person des Schuldners	331
3. Jahresschluss	331
4. Die „Deckelung“ der subjektiven Frist (§ 199 Abs. 1 BGB) durch objektive Höchstfristen (§ 199 Abs. 2–4 BGB)	332
II. Andere Verjährungsfristen (§ 200 BGB)	333
1. Andere Verjährungsfristen in den §§ 193 ff BGB	333
2. Andere Verjährungsfristen außerhalb der §§ 193 ff BGB	334

7. Kapitel: Allgemeine Geschäftsbedingungen

§ 20 Grundlagen des AGB-Rechts	337
I. Definition der AGB	337
1. Vertragsbedingungen	337
2. Vorformulierung	338
3. Vielzahl von Verträgen	338
4. „Stellen“ der Bedingungen	338
5. Ausgrenzung von Individualvereinbarungen	339
II. Funktionen von AGB	340
III. Vorteile von AGB für den Verwender	340
IV. Gefahren von AGB für den Kunden	341
V. Die Entwicklung eines eigenständigen AGB-Rechts	341
§ 21 Die rechtliche Kontrolle von AGB	342
I. Die Einbeziehung von AGB in den Vertrag	342
1. Erfordernisse der Einbeziehung (§ 305 Abs. 2 BGB)	343
a. Anwendungsbereich des § 305 Abs. 2	343
b. Die kumulativen Anforderungen des § 305 Abs. 2 BGB	343
aa. Ausdrücklicher Hinweis oder deutlich sichtbarer Aushang (§ 305 Abs. 2 Nr. 1 BGB)	343
bb. Zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme (§ 305 Abs. 2 Nr. 2 BGB)	344
cc. Einverständniserklärung der anderen Vertragspartei	345
2. Hindernisse der Einbeziehung	345
a. Der Vorrang von Individualabreden (§ 305 b BGB)	346
b. Überraschende Klauseln (§ 305 c BGB)	346
c. Kollidierende AGB der anderen Vertragspartei	348
II. Die rechtlich maßgebliche Bedeutung von AGB	349
1. Die allgemeinen Auslegungsregeln	349
a. Die natürliche Auslegung	349
b. Die normative Auslegung	349

2. Die Ausräumung verbleibender Zweifel (§ 305 c Abs. 2 BGB)	349
III. Die Unwirksamkeit von AGB (§§ 307 ff BGB)	350
1. Der Anwendungsbereich der Vorschriften über die Inhaltskontrolle von AGB	350
2. Das systematische Verhältnis der Vorschriften über die Inhaltskontrolle zueinander	351
3. Beispiele zur Inhaltskontrolle	352
a. § 309 BGB	352
b. § 308 BGB	353
c. § 307 BGB	353
4. Das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	354
IV. Die Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung und der Unwirksamkeit von AGB	356
1. Zustandekommen und Wirksamkeit des Vertrages	356
2. Der Inhalt des Vertrages	357
a. Ergänzung des Vertrages durch gesetzliche Vorschriften	357
b. Lückenfüllung durch ergänzende Vertragsauslegung	357

TEIL 2: Die Rechtsgeschäftslehre in der Methodik der Fallbearbeitung

8. Kapitel: Methoden

§ 22 Die Arbeit am Fall: Die Gutachtenmethode	359
I. Grundlagen	359
1. Der Gutachtenstil als Gegensatz zum Urteilsstil	359
2. Die „konstruktive“ Methode als Regel, die „historische“ Methode als seltene Ausnahme	359
II. Von der Rechtsfolgeanordnung zurück zu deren Voraussetzungen	360
1. Die Anspruchsgrundlage als Ausgangspunkt der Anspruchsprüfung	360
2. Rechtsfolgeanordnungen als Aufhänger der Prüfung von Einzelfragen	361
III. Der Aufbau des Gutachtens: Die Prüfung am richtigen Ort	362
1. Die Reihenfolge von Anspruchsprüfungen	362
a. Vorrang- und Nachrang-Regeln	362
aa. Der Vorrang von Ansprüchen im Rahmen von Sonderbeziehungen	362
bb. Der Vorrang von Spezialregelungen	362
b. Nachrangregelungen	362
c. Vermeidung von Inzidentprüfungen	363
2. Die Umsetzung denkgesetzlicher, materiell-rechtlicher und dogmatischer Vorgaben im Aufbau des Gutachtens	363
a. Denkgesetze	363
b. Materielles Recht	363
c. Dogmatik	364
3. Zweckmäßigkeitserwägungen	365
IV. Überflüssiges ist falsch	365

V. Die sprachliche Gestaltung des Gutachtens	366
1. Fachsprache: ja! – Juristendeutsch: nein!	366
2. Vermeidung von starren Schematismen und leeren Floskeln	367
a. Die Einleitungssätze einer Anspruchsprüfung	367
b. Die Floskel „Es ist zu prüfen, ob ...“	368
3. Kraftausdrücke und Evidenzbehauptungen	368
§ 23 Die Arbeit am Gesetz: Grundwissen Methodenlehre	369
I. Was leistet die Methodenlehre – was leistet sie nicht?	369
II. Die Subsumtion	370
III. Die Auslegung des Gesetzes	371
1. Die Auslegungsbedürftigkeit des Gesetzes	371
2. Das Ziel der Auslegung des Gesetzes	372
3. Die vier klassischen Auslegungskriterien	372
a. Die grammatische Auslegung	373
aa. Der mögliche Wortsinn als Grenze der Auslegung	373
bb. Fachsprache und Legaldefinitionen	374
b. Die historische Auslegung	374
c. Die systematische Auslegung	376
d. Die teleologische Auslegung	377
aa. „Der Zweck“ oder „die Zwecke“ des Gesetzes?	378
bb. Die Ermittlung der Zwecke des Gesetzes	378
4. Der Einfluss der Verfassung auf die Auslegung des einfachen Rechts	379
5. Der Einfluss europäischen Rechts auf die Auslegung des nationa- len Zivilrechts	380
IV. Rechtsfortbildung	382
1. Die Lücke des Gesetzes als Voraussetzung der Rechtsfortbildung	382
a. Die Lücke als planwidrige Unvollkommenheit des Gesetzes	382
aa. Normlücken	382
bb. Offene Lücken	383
cc. Verdeckte Lücken	383
b. Ausgrenzungen	384
2. Die Ausfüllung offener Lücken im Wege der Analogie	385
3. Die Ausfüllung verdeckter Gesetzeslücken im Wege der teleolo- gischen Reduktion	386
4. Die richtlinienkonforme Rechtsfortbildung	386
5. Die allgemeine Rechtsfortbildung	387
V. Regelungstechniken des Gesetzes	387
1. Normative Festlegungen von Regel-Ausnahme-Verhältnissen	387
2. Erfordernisse und Hindernisse des Eintritts einer Rechtsfolge	388
3. Vermutungen	389
a. Gesetzliche Vermutungen	389
aa. Widerlegliche Vermutungen	389
bb. Unwiderlegliche Vermutungen	389
b. Abgrenzung: Tatsächliche Vermutungen	390
4. Verweisungen	390
a. Rechtsfolgeverweisungen	390
b. Rechtsgrundverweisungen	391

5. Fiktionen	391
VI. Juristische Schlusstechniken	392
1. Der Erst-recht-Schluss	392
2. Der Umkehrschluss	393
3. Der Rückschluss aus sinnwidrigen Ergebnissen (reductio ad absurdum)	393
VII. Die Lehre von den Konkurrenzen	394
1. Die Spezialität	394
2. Die Subsidiarität	394

9. Kapitel: Einzelne Rechtsgebiete in der Methodik der Fallbearbeitung

Vorbemerkung	395
§ 24 Das Trennungs- und Abstraktionsprinzip in der Fallbearbeitung	395
I. Die typischen Fallkonstellationen	395
II. Anspruchsgrundlagen und Prüfungsreihenfolge	396
III. Die dingliche Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 985 BGB („Vindikation“)	396
1. Anspruchsvoraussetzungen gemäß § 985 BGB	396
a. Eigentum des Klägers	397
aa. Ursprüngliches Eigentum des Klägers	397
bb. Verlust des Eigentums durch Übereignung	397
(1) Übergabe der Sache	397
(2) Einigung über den Eigentumsübergang	397
(a) Zustandekommen der dinglichen Einigung	397
(aa) Tatbestand der Einigungserklärungen	397
(bb) Wirksamkeit der Einigungserklärungen	398
(b) Wirksamkeit der dinglichen Einigung	398
(aa) Wirksamkeitserfordernisse	398
(bb) Wirksamkeitshindernisse	399
b. Besitz des Beklagten	400
2. Anspruchshindernis gemäß § 986 (Recht des Bekl. zum Besitz)	400
a. Zustandekommen des Kaufvertrages	400
b. Wirksamkeit des Kaufvertrages	400
3. Anspruchsinhalt	400
IV. Die obligatorische Ebene: Der Herausgabeanspruch gemäß § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 BGB (Leistungskondiktion)	400
1. Anspruchsvoraussetzungen	401
a. „Etwas erlangt“	401
b. „durch Leistung“ des Klägers	401
c. „ohne rechtlichen Grund“	402
2. Anspruchshindernisse	402
3. Anspruchsinhalt	402
§ 25 Die Entstehung vertraglicher Erfüllungsansprüche in der Fallbearbeitung	403
I. Die Anspruchsgrundlage	403
II. Das Zustandekommen des Vertrages	404

1. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	404
a. Der Tatbestand der Erklärungen	404
aa. Antrag und Annahme	404
bb. Gemeinsame Zustimmung zu einem Vertragstext	405
b. Die Wirksamkeit der Erklärungen	405
2. Konsens/Dissens	406
a. Konsens	406
b. Der Dissens als Hindernis für das Zustandekommen des Vertrages	407
III. Die Wirksamkeit des Vertrages	407
1. Wirksamkeitserfordernisse	407
2. Wirksamkeitshindernisse	407
IV. Die Wirkungen des Vertrages	408
§ 26 Das Recht der beschränkten Geschäftsfähigkeit in der Fallbearbeitung	408
I. Verträge Minderjähriger	408
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	408
a. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichtete Erklärung des Minderjährigen	408
b. Die an den Minderjährigen gerichtete Erklärung des anderen Teils	409
2. Aufbauvorschlag: Verträge Minderjähriger	410
a. Zustandekommen des Vertrages	410
aa. Die Willenserklärung des Minderjährigen	410
bb. Die Willenserklärung des anderen Teils	411
b. Die Wirksamkeit des Vertrages	411
aa. Besondere Wirksamkeitserfordernisse im Hinblick auf die Minderjährigkeit	411
(1) Anwendungsbereich der Sondervorschriften (§ 107 BGB)	411
(2) Die Wirksamkeitserfordernisse im Einzelnen	411
bb. Allgemeine Wirksamkeitshindernisse (Nichtigkeitserfordernisse)	412
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	413
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	413
2. Aufbauhinweise: Einseitige Rechtsgeschäfte	413
a. Die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte durch Minderjährige	413
aa. Die Willenserklärung	413
bb. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	413
(1) Wirksamkeitserfordernisse	413
(2) Wirksamkeitshindernisse	414
b. Die Vornahme einseitiger Rechtsgeschäfte gegenüber Minderjährigen	414
aa. Die Willenserklärung	414
bb. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	414
§ 27 Das Recht der Stellvertretung in der Fallbearbeitung	414
I. Kennzeichen und Probleme herkömmlicher Darstellungen	415

1. Die Feststellung des Fehlens einer eigenen Willenserklärung des Vertretenen als Ausgangspunkt	415
2. Die Am-Stück-Prüfung der „Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung“	415
II. Das Gegenmodell einer gestreckten Prüfung von Stellvertretungsfragen	416
1. Verträge	416
a. Das Zustandekommen des Vertrages	416
aa. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklärungen	416
(1) Tatbestand	416
(2) Wirksamkeit	417
bb. Das Zustandekommen des Vertrages mit dem Vertretenen	417
(1) Faktischer Konsens über den Vertretenen als Vertragspartner	417
(2) Normativer Konsens über den Vertretenen als Vertragspartner	418
(3) Abgrenzung zum Eigengeschäft	418
b. Die Wirksamkeit des Vertrages	418
aa. Wirksamkeitsvoraussetzungen	418
(1) Vertretungsmacht	418
(2) Genehmigung	419
(a) Die Erklärung der Genehmigung	419
(b) Die Wirksamkeit der Genehmigung	419
bb. Wirksamkeitshindernisse	420
(1) Die Bedeutung des § 166 Abs. 1 BGB für die Anwendung von Nichtigkeitsnormen	420
(2) Die Bedeutung des § 164 Abs. 2 BGB für § 142 Abs. 1 BGB in Verb. mit § 119 Abs. 1 BGB	420
2. Einseitige Rechtsgeschäfte	420
a. Die auf die Vornahme des einseitigen Rechtsgeschäfts gerichtete Willenserklärung	421
b. Die Wirksamkeit des einseitigen Rechtsgeschäfts	421
§ 28 Das Recht der Willensmängel in der Fallbearbeitung	421
I. Das Recht der Anfechtung in der Fallbearbeitung	421
1. Probleme herkömmlicher Darstellungen	421
2. Der Normalfall: Anfechtung eines Rechtsgeschäfts	423
a. Der methodische Ort der Anfechtungsprüfung im Aufbau der jeweiligen Anspruchsgrundlage	423
aa. Vertraglicher Erfüllungsanspruch	423
bb. Bereicherungsanspruch gemäß § § 812 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 BGB	424
cc. Herausgabeanspruch aus Eigentum gemäß § 985 BGB	424
b. § 142 Abs. 1 BGB als „Aufhänger“ der Anfechtungsprüfung	425
c. Der Aufbau der Prüfung des § 142 Abs. 1 BGB	425
aa. Das Kurzschema: Anfechtungserklärung, Anfechtungsgrund, Anfechtungsfrist	425
bb. Das erweiterte Schema	426

Inhaltsverzeichnis

3. Der Sonderfall: Anfechtung einer Willenserklärung	427
II. Scheinerklärung (§ 117 Abs. 1 BGB) und Scheingeschäft (§ 117 Abs. 2 BGB) in der Fallbearbeitung	427
§ 29 Formvorschriften in der Fallbearbeitung	429
I. Verträge	430
1. Zustandekommen des Vertrages	430
a. Die auf den Abschluss des Vertrages gerichteten Willenserklä- rungen	430
aa. Tatbestandliches Vorliegen der Willenserklärungen	430
bb. Wirksamkeit der formwidrigen Willenserklärung	430
(1) Wirksamkeitserfordernis: Zugang (§ 130 BGB)	430
(2) Wirksamkeitshindernisse?	431
b. Inhalt des Vertrages	431
2. Wirksamkeit des Vertrages	431
a. Die Rechtsfolgenanordnung des § 125 Satz 1 BGB	431
b. Die Formbedürftigkeit	431
c. Der Formmangel	431
d. Der Verstoß gegen die Formvorschrift im Übrigen	432
II. Einseitige Rechtsgeschäfte	432
§ 30 Fallsammlung	433

ANHANG

§ 31 Begriffe, Definitionen, Erläuterungen	447
Sachverzeichnis	455